

**Niederschrift
über die
35. Sitzung des Integrationsbeirates
am 26. November 2021
im Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Regensburg**

Beginn: 16:57 Uhr

Ende: 19:29 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder:

| | Name | anwesend | entschuldigt | unentschuldigt |
|----|---|----------|--------------|----------------|
| 1 | Frau Arndt-Grunde i, Anja | X | | |
| 2 | Herr Cetinkaya , Nurdoğan | | X | |
| 3 | Frau Dr. Fiore , Nicoletta | X | | |
| 4 | Herr Fonseca Santovito , Rogerio | | X | |
| 5 | Frau Funk , Erika Eva | | X | |
| 6 | Frau Hanifah , Mumtaz | X | | |
| 7 | Frau Prof. Dr. Haug , Sonja | | X | |
| 8 | Frau Jackiewicz , Jolanta | X | | |
| 9 | Frau Lang , Julia | | X | |
| 10 | Herr Dr. Márton , Mihai-Paul | | X | |
| 11 | Frau Okenve , Dennise | X | | |
| 12 | Herr Paquay Rovira , Pedro | X | | |
| 13 | Frau Pelties , Marta | X | | |
| 14 | Herr Sarik , Haritun | X | | |
| 15 | Herr Sbirkov , Ivan | X | | |
| 16 | Frau Schwarz , Stephanie | X | | |
| 17 | Frau Shahedi , Monir | X | | |
| 18 | Herr Sirreah , Bassel | X | | |
| 19 | Frau Stupavsky , Anna | X | | |
| 20 | Frau Torreblanca Cruz , Mariana | X | | |
| 21 | Frau Wudtke , Valentina | X | | |
| | | 15 | 6 | 0 |

Beratende Mitglieder:

| | Name | anwesend | entschuldigt |
|---|--|----------|--------------|
| 1 | Für die CSU-Fraktion: Dechant , Bernadette (Stellvertretung: Tahedl , Erich) | | X |
| 2 | Für die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: Gaittet , Daniel (Stellvertretung: Eberlein , Theresa) | X | |
| 3 | Für die BRÜCKE-Fraktion: Simon , Bettina (Stellvertretung: Wolbergs , Joachim) | | |
| 4 | Für die SPD-Fraktion: Kolbe-Stockert , Evelyn (Stellvertretung: Kick , Dagmar) | X | |
| 5 | Für die ÖDP-Fraktion: Graf , Joachim | | X |
| 6 | Für die Freie Wähler-Fraktion: Radler , Kerstin (Stellvertretung: Riepl , Günther) | | X |

Weitere beratende Mitglieder:

| | Name | anwesend | entschuldigt |
|---|---|-------------------------|--------------|
| 1 | von Seiche , Julia (Initiative „Ausbildung statt Abschiebung!“ e. V.) (Stellvertretung: Koller , Dr. Doris) | X | |
| 2 | Hanusa , Helga (Keine Bedienung für Nazis e. V.) (Stellvertretung: Simek , Ludwig) | X | |
| 3 | Sauerer , Michael (BI Asyl Regensburg) (Stellvertretung: Streitberger , Gotthold) | X (Streitberger) | |
| 4 | Frey , Angelika (CampusAsyl e.V.) (Stellvertretung: Issakha , Youssouf) | | X |
| 5 | Firat , Nihat (Migrationsausschuss der IG Metall Regensburg) | X | |

Anwesende Mitglieder der Stadtverwaltung:

| | Name |
|---|---|
| 1 | Herr Rötzer , Wolfgang (Amt für Integration und Migration) |
| 2 | Herr Reichinger , Michael (Amt für Integration und Migration) |
| 3 | Herr Fischer , Thomas (Amt für Organisation und Personalentwicklung) |
| 4 | Frau Gretschel , Sandra (Direktorialbereich 1, Büro für Chancengleichheit) |
| 5 | Herr Vernim , Matthias (Amt für Integration und Migration) |
| 6 | Frau Steidl , Lea (Amt für Integration und Migration) |

TOP 1: Begrüßung und Aktuelles

Berichterstattung: Frau Okenve

Frau Okenve begrüßt die Anwesenden und verliest die entschuldigenden Sitzungsteilnehmer. Sie schlägt vor, für die Zeit der Integrationsbeiratssitzungen in Zukunft eine Kinderbetreuung einzurichten. Frau Okenve stellt die Beschlussfähigkeit des Integrationsbeirats fest.

TOP 2: Bericht der Verwaltung zur interkulturellen bzw. diskriminierungskritischen Öffnung der Verwaltung (zum Beschluss vom 13. Juli 2021)

Berichterstattung: Herr Fischer, Amt für Organisation und Personalentwicklung

Frau Okenve übergibt das Wort an Herrn Fischer. Dieser bedankt sich für die Einladung und stellt sich kurz vor. Die interkulturelle bzw. diskriminierungskritische Öffnung der Verwaltung sei nicht nur im Bereich Ausbildung oder beim Fortbildungsprogramm ein wichtiges Thema. Es bestehe eine enge Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Erinnerungs- und Gedenkkultur, Extremismusprävention, Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und dem Büro für Chancengleichheit. Deshalb freue er sich, dass die Leiterin des Büros für Chancengleichheit, Frau Sandra Gretschel, in der heutigen Sitzung ebenfalls anwesend sei.

Das Thema sei ein wichtiges, welches allerdings nicht nur etwas mit der Vermittlung von Wissen zu tun habe. Vor allem gehe es um Sensibilisierung und die Bestärkung der zwei zentralen Werte Respekt und Toleranz sowohl im privaten als auch im beruflichen Alltag. Auf dem städtischen Fortbildungsprogramm befinde sich statt kommerzieller Werbung das Respekt-Logo – kein Platz für Rassismus. Die städtischen Mitarbeiter*innen werden daher bereits auf diesen zentralen Wert aufmerksam gemacht, ohne sich für eine Fortbildung angemeldet zu haben. Diese zentralen Werte seien auch im städtischen Leitbild verankert.

Außerdem würden alle Beschäftigten, die neu bei der Stadt Regensburg anfangen, eine Einführungsveranstaltung durchlaufen, welche auch ein Modul des Büros für Chancengleichheit beinhalte. Herr Fischer nennt einige Beispiele für Fortbildungsangebote, wie Diskriminierungsfreie Kommunikation, Alltagsrassismus am Arbeitsplatz und Veranstaltungen zur Kultur- und Landeskunde. Die Nachfrage im Jahr 2021 sei aufgrund der Corona-Situation gering gewesen. Aktuell gebe es ca. 220 Auszubildende bei der Stadt Regensburg, die von Anfang an sensibilisiert werden sollen. Im Ausbildungsplan befänden sich daher Pflichtveranstaltungen zu den Themen Diskriminierungsfreiheit, Prävention im Team oder im Jahr 2019 eine Studienfahrt zum Dokumentationszentrum zum Reichsparteitag in Nürnberg mit persönlicher Begleitung. Die öffentliche Verwaltung dürfe die Vergangenheit nicht vergessen.

Frau Okenve möchte wissen, wie viele von den 220 Auszubildenden Ausländer*innen seien. Herr Fischer wird die genaue Zahl nachreichen. Er ergänzt, es falle in der aktuell laufenden Einstellungsrunde für den neuen Ausbildungsjahrgang auf, dass sich unter den Bewerber*innen viele positive Integrationslebensläufe befänden.

Frau Okenve erteilt Frau Gretschel das Wort. Diese begrüßt die Anwesenden und stellt sich und ihren Tätigkeitsbereich kurz vor. Das Büro für Chancengleichheit sei Gleichstellungsstelle, Beschwerdestelle für das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und auch Antidiskriminierungsstelle. Es sei sehr erfreulich, dass die Stadt Regensburg auf freiwilliger Basis eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet habe, an die sich nicht nur die Stadtverwaltung

intern, sondern alle Bürger*innen Regensburgs wenden können. Das Büro für Chancengleichheit sei nicht nur Anlaufstelle, sondern beschäftige sich auch mit Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierungsarbeit, beteilige sich an verschiedenen Veranstaltungen, z. B. an den Internationalen Wochen gegen Rassismus oder den Interkulturellen Wochen. Ein wichtiger Teilbereich sei auch die Netzwerkarbeit mit anderen Antidiskriminierungsstellen (Nürnberg, Erlangen, München, Würzburg). Bei Fragen, Interesse oder Ideen könne sich der Integrationsbeirat jederzeit gerne an das Büro für Chancengleichheit wenden (E-Mail-Adresse: antidiskriminierungsstelle@regensburg.de).

Frau Okenve bedankt sich für die Ausführungen. Frau Stupavsky erkundigt sich zu den Teilnehmerzahlen an den verschiedenen Fortbildungen aus den Vorjahren. Herr Fischer erläutert, dass es 2019 Pflichtveranstaltungen gab, welche zwangsläufig gut besucht waren, 2020 fand zum ersten Mal eine freie Veranstaltung (mit 20 verfügbaren Plätzen) statt, welche ebenfalls gut besucht war. Frau Stupavsky meint, dass 20 Personen im Verhältnis zur gesamten Stadtverwaltung verhältnismäßig wenig Teilnehmer seien, und möchte wissen, ob die Veranstaltungen dann mehrmals pro Jahr stattfänden. Herr Fischer ergänzt, diese Veranstaltungen würden so oft angeboten wie nötig, dies könne auch mehrmals im Jahr sein. Er fügt hinzu, dass es zusätzlich auch Seminare für die neuen Mitarbeiter*innen und die Auszubildende gebe, wodurch schon ein beachtlicher Personenkreis erreicht werde. Das Veranstaltungsangebot richte sich nach der Nachfrage.

Frau Okenve meint, dass Jugendliche die falsche Zielgruppe seien und eher die älteren Mitarbeiter*innen angesprochen werden sollten. Sie möchte wissen, wie viele ausländische Personen in der Stadtverwaltung beschäftigt sind. Laut Auskunft von Herrn Fischer haben ca. 3 % der Beschäftigten der Stadt Regensburg eine ausländische Staatsbürgerschaft. Allerdings könne der Migrationshintergrund nicht abgefragt werden und sei deshalb in dieser Zahl nicht mit eingerechnet. Bei der letzten Aktualisierung des Personalentwicklungskonzepts vor ca. 2-3 Jahren habe dieser Anteil noch bei 1,8 % gelegen, er sei also gestiegen. Zum Thema Schulungen öfter/ für andere Zielgruppen anbieten meint Herr Fischer, dass es den „typischen Jugendlichen“ und den „typischen Älteren“ nicht mehr gebe, sondern die Sensibilität zu diesem Thema sehr stark vom jeweiligen Lebenslauf abhängen. Er greife Frau Okenves Anregungen dennoch gerne auf.

Herr Firat erkundigt sich nach den Anforderungen, die Auszubildende bei der Stadt Regensburg haben sollten. Diese Frage kann laut Herrn Fischer nicht pauschal beantwortet werden, da je nach Ausbildungsrichtung andere Anforderungen an die Bewerber*innen gestellt würden, welche in den entsprechenden Ausschreibungen enthalten seien.

Herr Firat möchte von Frau Gretschel wissen, ob das Büro für Chancengleichheit auch für die Inklusion von Menschen mit Behinderung zuständig sei. Das Büro für Chancengleichheit kooperiere laut Frau Gretschel in diesem Bereich eng mit dem Inklusionsbeauftragten der Stadt, Herrn Frank Reinel.

Frau Arndt-Grundeit fragt, welches Publikum sich mit welchen Sorgen an das Büro für Chancengleichheit wendet. Der Kundenkreis sei so vielfältig wie die Regensburger Stadtgesellschaft. Häufige Themen wären die ethnische Herkunft, Migrationshintergrund, Rassismus, Diskriminierung am Arbeits-/ Wohnungsmarkt, Personen, die keine Maske tragen können oder wollen, Menschen mit Handicap, sexuelle Identität und in der Rolle der Gleichstellungsbeauftragten sowohl Frauen als auch Männer, die sich benachteiligt fühlen.

Auf Nachfrage von Frau Shahedi wie der Fortbildungsbedarf festgestellt werde, erklärt Herr Fischer, dass dieser – wie alle Bedarfe – zum einen aus der Zusammenarbeit mit den Dienststellen aus dem Arbeitsalltag heraus und zum anderen aus der Netzwerkarbeit/dem Austausch mit anderen Städten erarbeitet werde.

Frau Okenve dankt Herrn Fischer für seine Ausführungen und hält fest, dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung unbedingt an Fortbildungen in diesem Bereich teilnehmen sollen.

TOP 3: Bericht der Verwaltung zur Erreichbarkeit der Abteilung Ausländerangelegenheiten (zum Beschluss vom 13. Juli 2021)

Berichterstattung: Herr Rötzer, Amt für Integration und Migration

Herr Fischer verlässt um 17:34 Uhr den Sitzungssaal.

Zunächst verliest Frau Okenve den Beschluss vom 13. Juli 2021. Sie erzählt von einem ehemaligen Arbeitskollegen am Uniklinikum Regensburg, der eine Erneuerung der Aufenthaltserlaubnis gebraucht habe. Da die Papiere nicht rechtzeitig fertig geworden seien, verlor dieser seinen Arbeitsplatz mitten in der Pandemie. Nachdem er seinen Wohnort gewechselt habe, seien die Unterlagen in einem anderen Zuständigkeitsbereich nach nur zwei Wochen fertig gewesen. Frau Okenve meint, es könne nicht an allem die Pandemielage schuld sein und zweifelt an den Kenntnissen der Mitarbeiter. Sie übergibt das Wort an Herrn Rötzer.

Diese bedankt sich für die Einladung. Das Amt sehe es als Pflicht an, den Integrationsbeirat über die Situation in der Abteilung zu informieren. So wie der Beschluss vom 13. Juli 2021 formuliert sei, würde er insbesondere bei Mitarbeiter*innen, die jeden Tag das Bestmögliche innerhalb der Rahmenbedingungen versuchen, Emotionen hervorrufen. Herr Rötzer bemühe sich um eine sachliche Antwort, welche keine Einzelfallbetrachtungen ins Auge fasse. Auch Dienstgeheimnisse könnten nicht preisgegeben werden.

Entgegen der Formulierung des Beschlusses sei die Abteilung in den vergangenen beiden Jahren immer erreichbar gewesen. Dies habe lediglich auf anderen Wegen als gewöhnlich stattgefunden, da der Katastrophenfall aufgrund der Corona-Pandemie die persönlichen Kontaktmöglichkeiten sehr eingeschränkt habe. Die Mitarbeiter*innen hätten alles versucht, dass es zu keinen existenziellen Einschränkungen für die Ausländer*innen komme. Ursächlich für die schlechtere Erreichbarkeit seien pandemiebedingte Arbeitsplatzschutzmaßnahmen, wie Schichtbetrieb und Homeoffice-Tätigkeiten, Tätigkeitsverbote aufgrund von Schwangerschaften und viele unbesetzte Stellen gewesen.

Im Jahr 2020 seien 20 Mal Stellen ausgeschrieben worden. Auch viele Bewerbungen von ausländischen Mitbürger*innen seien eingegangen. Diese hätten sich nach einer Zusage aber oft gegen eine Tätigkeit in der Regensburger Stadtverwaltung entschieden. Ein weiteres Problem sei, dass es nur wenig qualifizierte Bewerber am Markt gebe. Sollte ein/e neue/r Mitarbeiter*in die notwendige Verwaltungsausbildung haben, seien meistens keine Vorkenntnisse im Bereich Ausländerangelegenheiten vorhanden.

Oft gebe es telefonische Kontaktversuche, wenn die Mitarbeiter*innen gerade mit anderen Kund*innen beschäftigt seien oder auch außerhalb der Öffnungszeiten (am Wochenende/ in der Nacht). Mehrere Anrufe/E-Mails zum selben Fall würden für die Mitarbeiter*innen erheblichen Mehraufwand bedeuten, und die Gesamtbearbeitungszeit dadurch verlängern.

Es seien intensivste Personalgewinnungsversuche unternommen worden. Darunter bundesweite Ausschreibungen, welche mit hohen Kosten verbunden gewesen seien und nur wenig Erfolg gehabt hätten. Oft werde das Anforderungsprofil nicht erfüllt, weshalb versucht worden sei, innerhalb der Stadtverwaltung zu qualifizieren. Ca. 10-15 Personen durchliefen den Beschäftigtenlehrgang 1, wovon aufgrund interner und externer Wechsel noch ca. 1/4 oder 1/5 der Mitarbeiter*innen da seien.

Es werde versucht, E-Mails möglichst sofort beantworten oder, falls notwendig, einen Termin zu vereinbaren. Pro Woche gebe es ca. 1.100 E-Mail-Anfragen, 500-600 Beratungen ohne vorherige Terminvereinbarung im Rahmen der Öffnungszeiten und ca. 1.000 geführte Telefonate. Mehrere Mitarbeiter*innen seien täglich nur für den Telefondienst eingeteilt. Seit längerem werde an der Implementierung einer Online-Terminvergabe gearbeitet.

In anderen Ausländerbehörden sei die Situation deutlich schlechter als in Regensburg, was Herr Rötzer mit Zitaten belegt. Im Vergleich zu den harten Lockdown-Maßnahmen in der frühen Pandemiephase sei die Erreichbarkeit und Zugänglichkeit immer weiter verbessert und ausgebaut worden. Dies werde auch weiterhin innerhalb der Rahmenbedingungen personelle Kapazitäten und erneuter Ausrufung des Katastrophenfalls versucht.

Alle Mitarbeiter*innen seien hochmotiviert und gäben ihr Bestmögliches und manchmal auch noch mehr. Die Personalgewinnung sei auch weiterhin ein großes Ziel. Die Verwaltung verliere auch Mitarbeiter*innen aufgrund von besserer Bezahlung an die freie Wirtschaft.

Frau Okenve bedankt sich für die Ausführungen. Sie schlägt vor, auf E-Mail-Anfragen zumindest eine Kurzinformation wie „Wir haben Ihre E-Mail erhalten und werden uns sobald wie möglich mit Ihnen in Verbindung setzen.“ zu versenden und ggf. Ausländer in der Ausländerbehörde arbeiten zu lassen.

Frau von Seiche möchte wissen, wie viele Stellen in der Abteilung eingeplant und wie viele davon unbesetzt sind. Die Information, dass in der Abteilung 48,75 Vollzeitstellen eingeplant sind, sei öffentlich im Haushaltsplan einsehbar; der Anteil der unbesetzten Stellen könne nicht öffentlich mitgeteilt werden.

Frau Okenve verlässt von 18:04 Uhr bis 18:09 Uhr den Sitzungssaal.

Frau Hanifah erteilt Frau Torreblanca das Wort. Diese verstehe die Situation der Ausländerbehörde. Jede/r wolle, dass die Gesellschaft gut laufe und dass alles funktioniere. Allerdings sei der Bedarf anscheinend größer, als es die Abteilung leisten könne. Es stelle sich die Frage, ob für die Personalgewinnung eventuell ein finanzieller Anreiz gegeben werden könne.

Herr Firat stellt fest, dass die eingeplanten 48,75 Vollzeitstellen im Verhältnis zu der Menge anfallender Terminen interessant sei. Er möchte wissen, welche Anforderungen/Qualifizierungen für eine Tätigkeit in der Ausländerbehörde erwartet werden würden, ob das Anforderungsprofil ggf. angepasst werden könne und wieso die Zahl der offenen Stellen nicht mitgeteilt werden könne.

Herr Rötzer erklärt, dass es sich bei den 48,75 Vollzeitstellen um Stellen handle, nicht um Personen. Außerdem würden den Tarifbeschäftigten bereits seit ca. 2-3 Jahren befristete Zulagen bezahlt werden. Die Anforderungen würden sich entweder aus dem Tarifvertrag oder

aus dem Beamtenrecht ergeben und könnten nicht einfach abgeändert werden. Es gebe vor allem Personalgewinnungsprobleme in der zweiten Qualifikationsebene. Neben der Verwaltungsausbildung im Tarifvertrag gebe es auch die Beamtenlaufbahn. Allerdings würden auch hier zu wenige Dienstherrn ausbilden. Außerdem würden ausgebildete Mitarbeiter*innen oft entweder in die freie Wirtschaft wechseln oder Weiterqualifizierungen anstreben und deshalb nicht mehr zur Verfügung stehen.

Frau Arndt-Grundeil verlässt von 18:13 Uhr bis 18:15 Uhr den Sitzungssaal.

Frau Okenve erkundigt sich, ob es möglich sei, Flüchtlingen Praktikumsstellen in der Ausländerbehörde anzubieten. Herr Rötzer erklärt, dass das Anlernen von Praktikant*innen einen Mehraufwand für die vorhandenen Mitarbeiter*innen darstellen würde und somit kontraproduktiv sei.

Frau Gretscheil und Herr Gaittet verlassen den Sitzungssaal um 18:17 Uhr.

Frau von Seiche hat den Eindruck, dass die mangelnde Erreichbarkeit der Ausländerbehörde nicht nur in Einzelfällen aufgefallen sei und schlägt vor, ggf. Fristen zu verlängern.

Frau Hanusa meint, es seien strukturelle, andauernde Probleme, mit denen die Ausländerbehörde zu kämpfen habe und, dass öffentlich auf diese Probleme aufmerksam gemacht werden solle.

Frau Shahedi bemängelt, dass es keine festen Ansprechpartner gebe und, dass das Ergebnis vieler Telefonate sei, man solle doch eine E-Mail schreiben. Sie finde, dass die Mitarbeiter*innen besser priorisieren sollen und möchte wissen, wie viele befristete Stellen nicht verlängert wurden und ob alle beantragten Fortbildungen genehmigt wurden. Herr Rötzer antwortet, es seien alle befristeten Stellen verlängert und alle Fortbildungen genehmigt worden.

Frau Jackiewicz erklärt, sie sei verwundert über den Weggang vom öffentlichen Dienst und erkundigt sich nach den Gründen dafür. Herr Rötzer erklärt, dass die Mitarbeiter*innen größtenteils zu anderen Dienstherrn oft in ländlichere/heimatnähere Regionen wechseln. Außerdem gab es in den letzten Jahren sehr viele Schwangerschaften mit anschließenden Elternzeiten. Alle Ausländerbehörden würden dieselben Personalengpässe haben.

Frau Arndt-Grundeil bedankt sich bei Herrn Rötzer für die Ausführungen unterstreicht, dass es sich bei der beschriebenen Situation der Ausländerbehörde um strukturelle Diskriminierung handle. Die Vielzahl wiederholter Mailanfragen zeige, dass es sich um existenzielle Bedürfnisse und Probleme handle. Interessant wären noch die Kriterien, nach welchen die Anfragen priorisiert würden.

Frau Torreblanca stellt fest, dass sich alle über die Problematik einig seien und wünscht sich, dass in der nächsten Sitzung an Lösungsvorschlägen gearbeitet werde.

Um 18:38 Uhr verlässt Herr Firat die Sitzung und um 18:40 Uhr Frau Kolbe-Stockert.

TOP 4: Bericht zur Eröffnung der Gedenkstätte an die russlanddeutschen Opfer von Vertreibung und Verfolgung im Regensburger Stadtpark

Berichterstattung: Frau Wudtke/Frau Lang

Der Tagesordnungspunkt 4 wird aufgrund der langen vorhergehenden Diskussion durch die Vorsitzende in konkludenter Übereinstimmung des Integrationsbeirats auf die nächste Sitzung verschoben.

TOP 5: Bericht zum aktuellen Treffen des Aktionsbündnisses „Haus für Engagement“

Berichterstattung: Frau Torreblanca

Um 18:43 Uhr verlassen Herr Rötzer und Herr Reichinger den Sitzungssaal.

Aufgrund der krankheitsbedingten Entschuldigung von Herrn Cetinkaya erteilt Frau Okenve Frau Torreblanca das Wort.

Frau Torreblanca erklärt, dass die Website des „Haus für Engagement“ nun fertig gestellt sei und jede/r diese besuchen könne. Sie bittet darum, das Projekt mit einer Unterschrift zu unterstützen. Auch der Integrationsbeirat könne dann auf die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten für Besprechungen zurückgreifen.

TOP 6: Stellungnahme des Integrationsbeirats zu dem Straßennamen Drei-M*-Straße

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuarbeit

Frau Okenve erteilt Frau Schwarz das Wort. Diese erläutert den Sachverhalt. Die AG Politik, Soziales und Antirassismuarbeit halte es für wichtig, sich als Integrationsbeirat zu dieser Thematik zu positionieren. Außerdem sei der vorherige Integrationsbeirat vom Jugendbeirat der Stadt Regensburg zur Unterstützung aufgefordert worden. Frau Schwarz verweist auf die Beschlussvorlage.

Frau Okenve hält eine Stellungnahme in der aktuellen Situation für keine gute Idee. Frau Schwarz möchte die Bedenken ernst nehmen, meint allerdings, dass es hierfür keinen guten oder schlechten Zeitpunkt gebe.

Frau Jackiewicz ist der Meinung, dass vor der Veröffentlichung einer Stellungnahme erst anderweitig Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden solle.

Frau Stupavsky erkundigt sich nach der Befürchtung von Frau Okenve. Diese erklärt, es gebe viele verschiedene Arten Menschen zu verletzen und möchte sich vor einer Veröffentlichung weitere Meinungen anhören.

Herr Paquay Rovira ergänzt, auch er sehe keinen richtigen oder falschen Zeitpunkt für solch eine Stellungnahme und sehe den Integrationsbeirat in der Verantwortung, Bürger, die sich durch einen solchen Straßennamen evtl. beleidigt fühlen, zu vertreten.

Frau Jackiewicz würde den letzten Satz der Stellungnahme gerne abändern und aktuell noch keinen Verzicht auf Erhalt des Straßennamens fordern, sondern dies gerne als längerfristiges Ziel des Integrationsbeirates sehen.

Um 18:55 Uhr verlässt Herr Sbirkov den Saal.

Frau Schwarz erklärt, dass diese Stellungnahme als erster Schritt gedacht sei, um einen gemeinsamen Standpunkt des Integrationsbeirates zu ergründen.

Frau Okenve fragt Frau Yeboah (Jugendbeirat) auf der Tribüne, ob diese sich durch die Bezeichnung beleidigt fühle. Frau Yeboah ist der Meinung, der Straßename müsse weg, viele würden sich angesprochen und beleidigt fühlen.

Frau Torreblanca betont, dass die Menge der Personen, die sich beleidigt fühlen unwichtig sei, und dass auch, wenn sich nicht alle angesprochen fühlen, etwas unternommen werden müsse. Außerdem hebt sie den symbolischen Charakter hervor.

Frau Arndt-Grunde unterstützt diese Meinung. Frau Jackiewicz schlägt vor, die Meinung des Integrationsbeirates in einer anderen Form kundzutun. Frau Hanifah schlägt eine Verschiebung des Tagesordnungspunkts in die nächste Sitzung vor, sie befürchte eine vorschnelle Entscheidung.

Ein Änderungsantrag wird nicht gestellt. Ein Beschluss wird gefasst.

Beschlussvorschlag: Der Beirat beschließt folgende Stellungnahme zu veröffentlichen:
„Als Integrationsbeirat verstehen wir uns als Vertreter vielfältiger Individuen der Regensburger Migrationsgesellschaft. Rassismus zu erleben ist für diese Individuen Alltag. Er äußert sich in unterschiedlichen Formen und kann für jede*n anders aussehen. Um eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen, ist es notwendig, sich mit Rassismus in den unterschiedlichsten Lebensbereichen auseinanderzusetzen. Es ist notwendig die Erfahrungen und Stimmen Betroffener ernst zu nehmen.
Heute möchten wir uns dem anschließen, was schon einige engagierte Regensburger*innen seit vielen Jahren ansprechen. Wir möchten uns mit der Bedeutung und Wirkung des Straßennamens „Drei-Mohren-Straße“ (im weiteren Text mit Drei-M*-Straße abgekürzt) auseinandersetzen. Es geht uns dabei darum, die Perspektive betroffener Menschen einzunehmen und den Wunsch nach einer sprachlichen Veränderung zu respektieren.
Das Wort M* ist eine Fremdbezeichnung für Schwarze Menschen und hat einen kolonialen Hintergrund. Für viele Schwarze Menschen ist diese Bezeichnung schmerzhaft. Sie erinnert daran, als „anders“ gesehen zu werden. Sie erinnert daran, nicht dazu zu gehören. Sie erinnert an rassistische Unterdrückung.
Viele Schwarze Menschen fühlen sich von dieser Bezeichnung herabgewürdigt und wünschen sich einen Verzicht auf dieses Wort.
Wir vertreten zum einen Schwarze Menschen. Zum anderen möchten wir uns mit Rassismus auseinandersetzen und unser Handeln reflektieren.
Wir appellieren deshalb an alle Regensburger*innen, unter ihnen auch die Entscheidungsträger*innen, dieses Anliegen ernst zu nehmen und sich von diesem Begriff zu verabschieden. Es geht dabei nicht darum, Geschichte zu verschweigen oder unsichtbar zu machen. Es geht darum Gegenwart zu verändern und Zukunft zu gestalten.
Eine geschichtliche und somit kolonial-rassistische Aufarbeitung ist ein wichtiger Schritt. Doch zunächst möchten wir einfach auf die Tatsache eingehen, dass sich Menschen in Regensburg von diesem Begriff verletzt oder gestört fühlen. Wir stehen neben diesen Menschen und sind teilweise diese Menschen. Deshalb fordern wir eine Auseinandersetzung mit der rassistischen Wirkung dieses Wortes sowie einen Verzicht auf den Erhalt dieses Straßennamens.“

Abstimmungsergebnis: Der Vorschlag wird mit zehn Ja-Stimmen angenommen.

TOP 7: Brief an die Firma Buschmann Heizung Sanitär Solartechnik

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit

Frau Schwarz erläutert den Sachverhalt. Die Zuständigkeit ergebe sich aus dem Tätigkeitsbereich der Firma im Stadtgebiet Regensburg und der Betroffenheit von Personen, die in Regensburg leben. Es sei darum gebeten worden, dass der Integrationsbeirat Kontakt mit der Firma Buschmann aufnehme, daher solle ein Brief verfasst werden.

Frau Pelties verlässt von 19:09 Uhr bis 19:11 Uhr den Sitzungssaal.

Frau Stupavsky erkundigt sich, ob bereits über andere Kanäle versucht worden sei, auf das Problem hinzuweisen. Dies solle nach Auskunft von Frau Schwarz als nächster Schritt geschehen. Es wird Beschluss gefasst.

Beschlussvorschlag: Der Beirat beschließt folgenden Brief im Namen des Beirats zu versenden:

„Sehr geehrter Herr Buschmann,

neulich wurden wir auf Ihre Werbung aufmerksam gemacht, die eine schwarze Person mit einem Knochen im Haar darstellt. Diese Darstellung trägt in sich Konnotationen, die für Personen dunkler Hautfarbe sehr verletzend sind und unserer Meinung nach in die heutige Zeit nicht passen.

Historisch bezeichnete der Begriff „Buschmänner“ Gruppen von Jägern und Sammlern im südlichen Afrika und wurde seit Mitte des 20. Jahrhunderts durch die Eigenbezeichnungen „San“ ersetzt, da sich der alte Begriff sowohl auf das rassistisch geprägte koloniale Zeitalter bezog, als auch das frühere rassistische Apartheid-Regime Südafrikas. Ferner ist die Zeichnung eines schwarzen Menschen mit einem Knochen im Haar beleidigend, da schwarze Menschen so als primitiv, rückständig und zivilisationsfern dargestellt werden.

Wir gehen davon aus, dass Sie Ihren Nachnamen mit einer bildlichen Darstellung zu einer markanten und effektiven Werbung verknüpfen wollten. Es kommt aber manchmal vor, dass unsere Handlungen für andere verletzend oder beleidigend sind, ohne dass wir es merken. Daher möchten wir Sie darauf hinweisen, dass Ihre Werbung in diesem Fall auf Vorstellungen zurückführt, die ihren Ursprung im Rassismus und Kolonialismus haben.

Der Regensburger Integrationsbeirat bemüht sich um Toleranz und ein friedliches Miteinander in unserer schönen Stadt, die diverser und multikultureller geworden ist. So hoch wir das Gut der Meinungsfreiheit halten, so setzen wir uns aber auch dafür ein, dass Diskriminierung und Rassismus zurückgedrängt werden, und idealerweise verschwinden. Daher bitten wir Sie, eine andere Werbung für Ihr Unternehmen zu verwenden.

Wir stehen Ihnen gerne jederzeit für eine Rücksprache zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen“

Abstimmungsergebnis: Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

TOP 8: 60 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit

Herr Paquay Rovira erklärt die Idee der AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit, dass zu einem solchen Jubiläum als Würdigung der Arbeit der sogenannten Gastarbeiter eine Stellungnahme veröffentlicht werden solle.

Da diese nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden konnte, solle allgemein beschlossen werden, ob eine Stellungnahme veröffentlicht werden soll. Vor Versand würden alle Mitglieder den Entwurf der Stellungnahme erhalten.

Frau Jackiewicz erkundigt sich, ob die Stellungnahme noch rechtzeitig in diesem Jahr fertiggestellt werden könne. Dies wird bejaht. Es wird ein Beschluss gefasst.

Beschlussvorschlag: Der Beirat beschließt, eine Stellungnahme zum Thema „60 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“ zu verfassen und zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis: Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

TOP 9: Bericht der geschäftsführenden Stelle

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Frau Wudtke merkt an, dass es sich im Beschluss unter TOP 7 nicht um einen Knochen, sondern um einen Mauschlüssel im Haar handle. Diese redaktionelle Änderung solle ausgetauscht werden.

Herr Vernim erläutert, dass Frau Prof. Dr. Haug aus gesundheitlichen und beruflichen Gründen ihr Amt niederlegen möchte. Der Stadtrat müsse noch über die Niederlegung entscheiden. Die Mitglieder des Integrationsbeirates könnten Vorschläge für die Nachbesetzung machen.

Herr Vernim bittet darum, Rückmeldungen zur Abfrage der Sitzungstermine für das Jahr 2022 zu geben. Bisher hätten sich lediglich zehn Mitglieder dazu geäußert.

Bezüglich des Workshops zur Regensburger Migrationsgeschichte solle ein kurzes Stimmungsbild zur Bereitschaft für einen ersten Termin als Videokonferenz abgefragt werden, um möglichst früh in den Prozess starten zu können. Mindestens sieben der anwesenden Personen können sich einen zeitnahen Online-Termin vorstellen.

Herr Stadtrat Friedl möchte, dass sich der Integrationsbeirat mit der staatlichen Wohnanlage in der Benzstraße beschäftigt und eine gemeinsame Besichtigung erfolgt. Er sieht die Wohnsituation als Fehlentwicklung. Beispielsweise gebe es in der Wohnanlage Gemeinschaftsräume, welche allerdings von den Bewohnern nicht genutzt werden können. Auf Dauer könne dies nicht gut gehen.

Herr Vernim schlägt vor, dass sich Herr Friedl mit einer der AGs in Verbindung setzt. Herr Paquay Rovira meint, dass Herr Friedl zum nächsten Treffen der AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit kommen könne.

Frau Okenve beendet um 19:29 Uhr die Sitzung.

Regensburg, 04.02.2022

gez.
Dennise Okenve
Vorsitzende

Protokoll: Lea Steidl (Amt für Integration und Migration, geschäftsführende Stelle)